

Antrag auf Abschluss eines Leasingvertrages mit Bürgschaft der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH

Leasinggesellschaft/Finanzierungsinstitut: _____

Straße/Postfach: _____ PLZ/Ort: _____

Leasingobjektwert Euro: _____

Gesamtbürgschaft (max. 1,25 Mio. Euro/80%): _____

Allgemeine Angaben

Leasingnehmer: _____

Betriebssitz: _____

Straße: _____

Branche: _____

Zuständiges Finanzamt: _____ Mitglied bei Kammer: _____

Folgende Unterlagen füge(n) ich/wir – sofern erforderlich – bei:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> unterzeichnete Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre (Besitz- und Betriebsgesellschaft) | <input type="checkbox"/> Darstellung der Markt-/Konkurrenzverhältnisse |
| <input type="checkbox"/> aktuelle BWA inkl. Summen-/Saldenliste | <input type="checkbox"/> Kreditvorlage |
| <input type="checkbox"/> Liquiditäts-/Finanzplanung | <input type="checkbox"/> Lebenslauf/beruflicher Werdegang |
| <input type="checkbox"/> Detaillierte Rentabilitätsvorschau (mind. 2 Jahre) | <input type="checkbox"/> Privatvermögen |
| <input type="checkbox"/> Aufstellung Kredite, Darlehen, Leasingverbindlichkeiten (betrieblich/privat) mit Zins, Tilgung, Sicherheiten | <input type="checkbox"/> SEPA-Lastschriftverfahren |
| <input type="checkbox"/> Kostenvoranschlag nach DIN 276 des Architekten | <input type="checkbox"/> Sonstiges (ggf. Firmenprospekt, Gesellschaftsverträge Grundstücksunterlagen, etc.) |

Erklärung:

Die Allgemeinen Geschäftsbestimmungen der Leasinggesellschaft sowie die aktuellen Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen – Leasing – der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH *) werden anerkannt. Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, Vergleichs-/Konkurs- oder Insolvenzverfahren, o.ä.) sind nicht vorgekommen oder auf einem Beiblatt angegeben. Verfahren wegen Steuerdelikten wurden gegen mich/uns nicht eingeleitet oder sind auf einem Beiblatt angegeben. Sämtliche Verbindlichkeiten einschließlich Bürgschaften sind im Antragsvordruck oder auf einem Beiblatt aufgeführt.

Ich/Wir willigen ein, dass die Bürgschaftsbank die von mir/uns zur Verfügung gestellten Personen- und Sachdaten (Daten) zum Zweck der Anfrage-/Antragsbearbeitung, der Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung, der statistischen Auswertung und, einschließlich der Adressdaten, zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Scoring/Rating verarbeitet bzw. verwendet. Soweit sie sich im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z.B. für EDV-Dienstleistung, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese etwaige Daten nur nach Weisung der Bürgschaftsbank zu den oben genannten Zwecken verarbeiten. Ferner willige ich/wir ein, dass die Bürgschaftsbank berechtigt ist, bei Vertragseingehung und zur Weiterentwicklung der Risikobewertung und -steuerung (z.B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten (z.B. Scorewerte) über mich/uns bei Dritten (z.B. Creditreform AG oder SCHUFA) und Stellungnahmen von im Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen (z.B. Hausbank, Kammern, Verbände, Behörden des Bundes/Landes) einzuholen, elektronisch zu verarbeiten und zu nutzen und den im Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen Daten aus der Anfrage-/Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln.

Ich/Wir willigen darin ein, dass das zuständige Finanzamt der Bürgschaftsbank beginnend mit der Antragsbearbeitung und bis zur Rückführung bzw. endgültigen Abwicklung der Bürgschaft Auskunft über meine/unsere steuerlichen Verhältnisse erteilen kann.

Bei Existenzgründungs- und Übernahmefinanzierungen hat der Leasinggeber das Formular „Einwilligung zur Einholung der SCHUFA-Auskunft“ vom Antragsteller/Mithafter unterschreiben zu lassen und zu den Kreditunterlagen zu nehmen. Den Bürgschaften der Bürgschaftsbank liegen Subventionen des Bundes und des Landes zugrunde. Sie sollen gewährt werden, um die Kreditfähigkeit mittelständischer Unternehmen und freier Berufe zu erhöhen. Ich bin/wir sind darüber unterrichtet, dass folgende von mir/uns in diesem Antrag angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind: Angaben zum Unternehmen und zur Betriebsstätte, zu den Gesellschaftern (und ggf. Ehegatten) und deren persönlichen Vermögensverhältnissen, zur fachlichen und kaufmännischen Qualifikation des/der Geschäftsinhaber(s)/Geschäftsführer(s), zum Vorhaben, zu Investition und Finanzierung, zu Sicherheiten, Angaben zu den betrieblichen wirtschaftlichen Verhältnissen, d.h. vollständige Jahresabschlüsse bzw. Einnahmenüberschussrechnungen, Betriebswirtschaftliche Auswertungen mit Summen- und Saldenlisten, Vermögensübersichten, Angaben zu Kreditverbindlichkeiten und zu Beteiligungsverhältnissen. Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt. Ferner ist mir/uns bekannt, dass ich/wir gemäß § 3 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, der Bürgschaftsbank unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen der subventionserheblichen Tatsachen mitzuteilen. Eine Bürgschaftsübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen. Der Leasingnehmer verpflichtet sich, über erhaltene Fördermaßnahmen Auskunft zu erteilen.

Mit Genehmigung der Bürgschaft werden die in den Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen (Leasing) genannten Kosten fällig.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Leasingnehmer(s), Stempel der Firma

*) aktuelle Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen unter www.buergschaftsbank.de

Antrag Leasing



Von der Leasinggesellschaft bzw. vom Finanzierungsinstitut auszufüllen

Wir erklären uns hiermit bereit, den beantragten Leasingvertrag über
Euro _____
abzuschließen, sofern die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH eine Bürgschaft in Höhe von
Euro _____ = _____ % (max. 80 %)
(höchstens 1,25 Millionen Euro)
übernimmt.

Angaben zum Leasingvertrag*:

Ggf. vorgeschlagene Zusatzsicherheiten:

Stellungnahme:

Bürgschaftskosten:

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Bürgschaftskosten bei Abschluss des Leasingvertrages von uns an die Bürgschaftsbank abzuführen sind.

Zuständiger Unternehmenskundenbetreuer:

Telefon: _____ E-Mail: _____

Ort/Datum

Stempel/Unterschrift

*Bitte ein Exemplar des Antrags auf Abschluss eines Leasingvertrages, ggf. nähere Angaben zum Leasingobjekt beifügen.

De-minimis-Erklärung des Antragstellers



im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Antragsteller / Unternehmen:

Anschrift:

Das Unternehmen ist im Bereich des Straßentransportsektors tätig:

JA

NEIN

2. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat. Für die Zwecke der De-minimis-Verordnung sind die Unternehmen als „ein einziges Unternehmen“ zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Zu beachten bei Fusionen / Übernahmen und Betriebsaufspaltungen:

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden.

Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung zu erhaltenen und beantragten Beihilfen:

Ich bestätige, dass ich beziehungsweise das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten (s. Ziff. 2) im laufenden Kalenderjahr sowie in den zwei vergangenen Kalenderjahren **keine** De-minimis-Beihilfen erhalten / beantragt habe.

oder

Ich bestätige, dass ich beziehungsweise das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten (s. Ziff. 2) im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren folgende **De-minimis-Beihilfen**

1. Allgemeine-De-minimis-Beihilfen

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen¹ bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen²,

2. Agrar-De-minimis-Beihilfen

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor³ bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20. Dezember 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerzeugnissektor⁴,

3. Fisch-De-minimis-Beihilfen

im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor⁵ und

4. DAWI-De-minimis-Beihilfen

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen⁶.

erhalten/beantragt habe/hat:

Art der Beihilfe (1.-4.)	Antragsteller bzw. verbundenes Unternehmen (s. Ziff. 2)	Datum der Bewilligung	Beihilfegeber, Aktenzeichen, Förderprogramm, Form der Beihilfe	Fördersumme (z.B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Beihilfewert (EUR)

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in den Ziffern 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

Ort, Datum, rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

¹ Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013.
² Amtsblatt der EU Nr. L 379/5 vom 28. Dezember 2006.
³ Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 18. Dezember 2013.
⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 337/35 vom 21. Dezember 2007.
⁵ Amtsblatt der EU Nr. L 193/6 vom 25. Juli 2007.
⁶ Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012.

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE13ZZZ00000019814**

Mandatsreferenz: _____ (wird von der Bürgschaftsbank ausgefüllt und separat mitgeteilt)

SEPA-Lastschriftmandat

Wir ermächtigen/Ich ermächtige die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Zahlungen von unserem/meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weisen wir unser/weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH auf unser/mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Wir können/Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit unserem/meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsart: wiederkehrende Zahlungen

Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für alle Zahlungen aus Verträgen mit:

Firma/Vornamen, Name des Kreditnehmers _____ Straße und Hausnummer des Kreditnehmers _____

E-Mail-Adresse des Kreditnehmers (optional) _____ Postleitzahl und Ort des Kreditnehmers _____

Die Zahlungen sind von folgendem Konto einzuziehen:

Firma/Vorname und Nachname (Kontoinhaber) _____ Straße und Hausnummer _____

E-Mail-Adresse (optional) _____ Postleitzahl und Ort _____

BIC _____ Land _____

IBAN des Zahlungspflichtigen _____

Datum _____ Ort _____ Unterschrift Kontoinhaber/Verfügungsberechtigter _____

**Die Rechnung ist an folgende Postadresse zu versenden
(nur Ausfüllen, falls abweichend vom Kontoinhaber)**

Firma/Vornamen, Name des Kreditnehmers _____ Straße und Hausnummer des Kreditnehmers _____

E-Mail-Adresse des Kreditnehmers (optional) _____ Postleitzahl und Ort des Kreditnehmers _____

Wir sind/Ich bin damit einverstanden, dass zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs die grundsätzlich 14-tägige Frist für die Information vor dem Einzug einer fälligen Zahlung (Vorabankündigung) bis auf fünf Werkstage vor Belastung verkürzt werden kann.

Die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH informiert vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift über den Einzug in dieser Verfahrensart.